

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er erscheint jeden Sonnabend.
 Einzelhefter 0,75 RM.;
 halbjährige Bestellung durch den Bezugsnehmer
 ins Haus 12 RM. mehr.
 Alle Buchbestellungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Gewerkschaften
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Sitz-Standort)
 Berlin N.O. 65, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 40 Pl., Familienamt, 25 Pl.
 Vereinsamt, 10 Pl., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
 Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 33/34.

Berlin, Sonnabend, 23. August 1919.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Kohlenrat und Nationalversammlung. — Das Rätekommitee in der Reichsregierung. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands- und Kreisblatt. — Adressenänderungen. — Literatur. — Anzeigen.

Kohlenrat und Nationalversammlung.

Die ungeheuren Schwierigkeiten und der Notstand, die unzweifelhaft eintreten müssen, wenn es nicht gelingt, eine genügende Steigerung unserer Kohlenförderung noch vor Beginn des kommenden Winters und für die kommenden Jahre zu ermöglichen, sind hinreichend bekannt. Die Friedensbedingungen legen unserem Lande die Verpflichtung auf, jährlich etwa 43 Millionen Tonnen an Frankreich, Belgien und Italien zu liefern als einen Teil der Wiedergutmachung für die in französischen und belgischen Kohlengebieten angelegten Zerstörungen, die der Krieg an den Kohlengruben dieser Länder verursacht hat. Das würden wir schon unter normalen Verhältnissen kaum zu leisten vermögen, viel weniger jetzt, nachdem uns das Saargebiet und Lothringen nicht mehr mit Kohlen versorgen, nachdem ferner durch die unvernünftigen wilden Streiks mit ihren rein politischen Ursachen und durch die Minderleistungen der Bergarbeiter infolge der verkürzten Arbeitszeit die Kohlenförderung in unserem Lande erheblich gegen die Friedenssicherung zurückgegangen ist. Unsere Gas- und Elektrizitätswerke, unsere Eisenbahnen müssen in ihren Leistungen wegen Kohlenmangel eingeschränkt werden. Die Industrie muß Feuerstätten einlegen; einzelne Gruppen kommen vielleicht ganz zum Stillstand, und an Hausbrand wird ein noch größerer Mangel eintreten, als wir ihn in den Kriegsjahren schon empfunden haben. Was das heißt, das bedarf wohl keiner weiteren Auseinandersetzung; jede Erörterung der uns drohenden Gefahren ist überflüssig und die nur alles und wiederholt beipropagiertes Gerede erneut hervorheben.

Damit wäre auch niemandem geholfen. Es kommt vielmehr darauf an, Mittel und Wege zu finden, wie eine Verbesserung der Kohlenförderung herbeigeführt werden kann, um den dringenden Zukunftsbedarf zu decken. Daß wir daneben von unserem knappen Bestand noch 43 Millionen Tonnen an das Ausland abliefern müssen, erhebt sich mir unmöglich. Das gehört mit zu dem Kapitel der unerfüllbaren Friedensbedingungen, die uns noch recht bittere Stunden bereiten werden. Von diesen Erwägungen ausgehend hat die Nationalversammlung am 10. August zu einer Interpellation Stellung genommen, die von den Rechtsparteien eingebracht worden war, die auf die drohenden Gefahren hinwies und von der Regierung eine Erklärung verlangt, wie diesen ungeheuren Gefahren begegnet werden könne.

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt erkannte die außerordentliche Bedeutung dieser Frage in vollstem Maße an. Er schilderte die jetzige Lage unserer Kohlenversorgung und stellte als erstes Mittel zur Verbesserung eine Steigerung der Produktion in den Vordergrund. Das ist durchaus richtig, nur über die einzuschlagenden Wege bestehen Meinungsverschiedenheiten. Eine Verlängerung der Arbeitszeit für die Dauer von einigen Monaten um eine Stunde täglich ist unter den heutigen Umständen nicht durchführbar, weil sie bei der Mehrzahl der Bergarbeiter selbst auf Widerstand stößt und damit eher das Gegenteil von dem erreicht wird, was man will. Gelinnt es aber bei den jetzt stattfindenden Tarifverhandlungen für den Ruhrkohlenbergbau auch diese Frage

zu beraten und eine passende Lösung zu finden, dann wäre dem ganzen Volke ein großer Dienst geleistet. Aber die Herren Kommunisten, Sozialisten und Spartakisten, denen jede organische Entwicklung gegen den Strich geht und die nur auf dem Wege brutaler Verwahrlosung „auflären“ wirken, sie werden schon dafür sorgen, daß unsere Wirtschaft nicht zur Ruhe kommt, und bei den Vergleichen die Verheugung weiter treiben.

Die Arbeiterführer in der Nationalversammlung aus der Reichssozialdemokratie, der deutschen demokratischen Partei und der christlichen Volkspartei sind vor der Beratung der Kohleninterpellation zusammgetreten, um sich über die einzuschlagenden Wege, die eine Besserung der Lage und Verhütung größerer Unheils versprechen, zu verständigen. Sie einigten sich auf die nachstehende Entschliessung, die im Anschluß über die gleichzeitig erfolgenden Beratungen des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft unter Ablehnung der von unabhängiger Seite gestellten Änderungsanträge mit überwältigender Mehrheit von der Nationalversammlung angenommen wurde:

Zur Verhinderung der furchtbaren Katastrophe, die unser Volk als Folge der außerordentlichen Kohlennot bedroht, sind schnell und durchgreifende Maßnahmen für eine erhebliche Erhöhung der Kohlengewinnung und für ihren regelmäßigen Abtransport zu den Verbrauchsstellen erforderlich. Alle Beteiligten sollen ihre Kräfte für eine gründliche Verbesserung der Kohlenversorgung einbringen. Nur so kann das Eintreten einer einschneidenden Katastrophe verhindert werden, die zweifellos den völligen Zusammenbruch unseres Volkes und seines Wirtschaftslebens bedeuten würde. Die Regierung wird daher aufgefordert, ungenäht alles zu tun, was geeignet ist, eine bessere Kohlenversorgung herbeizuführen. Als ersperrisprechende Maßnahmen sind vornehmlich zu empfehlen:

1. Erhöhung der Bergarbeiterlöhne auf einen Betrag, der als eine auskömmliche Gegenleistung für die anstrengende bergmännische Tätigkeit angesehen ist. Bessere Belieferung der an besonders harter Unterernährung kranken Bergarbeiter mit fetthaltiger Nahrung, Versorgung mit Deckungsleistung und Schutzzeug.

2. Allgemeine und besondere Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Bergbau durch beschleunigten Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitern, Angestellten und Unternehmerorganisationen. Sozium möglichst rasche Vereinfachung der Bergarbeiterrechts- und Schutzvorschriften durch ein Reichsberggesetz.

3. Staatliche Veranlassung der bereits auf Grund von Organisationsvereinbarungen bestehenden Betriebsräte (wo diese noch nicht bestehen: der Betriebsdirektionen zur Unterstützung und Kontrolle der für die Erhöhung der Produktion geeigneten technischen und sozialpolitischen Betriebsmaßnahmen, ferner zur Wahrung bei der Regelung des Bedingens und sozialpolitischen Lohn- und Gehaltsfragen in Abhängen der von den beiderseitigen Organisationen getroffenen Vereinbarungen. Die Betriebsräte (Bergarbeiter- und Angestelltenausschüsse) sind auf ihre Betätigung durch die Betriebsleitung über die wirtschaftlichen Betriebsergebnisse zu unterrichten.

4. Erhöhung der inappaffilligen Kranzengelder, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten auf einen Betrag, der den Lebensverhältnissen besser entspricht, als dies bei den jetzigen Beträgen der Fall ist. Vereinfachung des noch immer sehr komplizierten inappaffilligen Rentenwesens durch ein Reichsinappaffillgesetz.

5. Vermehrung der Arbeitskräfte in der Kohlenbergwerkindustrie durch Veranziehung der in anderen Industrie- und Gewerben beschäftigten bergbaukundigen Arbeiter sowie durch geeignete Arbeitslose. Umfassende Arbeitsnachweisregelung auf paritätischer Grundlage.

6. Beschleunigte und großzügige Beschaffung von Wohnungen in der Nähe der Kohlenwerke, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die in größerer Entfernung von den Werken wohnenden Arbeiter. Vorzugweise Belieferung der Bergbauindustrie (Stiegel, Zement, Stahl usw.) und des Bergbauwesens mit Brennstoffen und anderen Verbrauchsmaterialien. Reichliche Hilfe für den Wohnungsbau in den Kohlenbezirken.

7. Vorzugweise Belieferung der Kohlengruben, Hütten und Eisenerzfabriken mit Arbeitsmaschinen (Pompe, Kreisel, Bohrmaschinen, Ventilatoren etc.), Fräsmaschinen, Transportwagen, Fördermaschinen etc., Holz, Schmier- und Leuchtölen, Geschloßmaterial, Lampen, überhaupt mit allen Betriebsmaterialien und Geräten, die zur Erreichung und Durchführung einer gesteigerten Produktionsleistung unentbehrlich sind. Werke, die vorgenannte Maschinen, Betriebsmaterialien und Geräte liefern, sind bei der Kohlenversorgung zu bevorzugen.

8. Möglichst vollständige Ausnutzung aller Betriebsanlagen. Einlegung von zwei vollen Fördererhöhen. Starke Belieferung aller ergeblichsten Klöse.

9. Vermeidung von Feuerständen durch regelmäßige Wartung der benötigten Eisenbahnwagen. Beschleunigte Verstellung und Reparatur von Lokomotiven und Güterzügen. Möglichst umfangreiche Veranwendung der Wasserstraßen für den Kohlentransport.

10. Durchführung von geistlichen Maßnahmen, welche die Kohlengewinnung (Stein- und Braunkohle) im Sinne des Sozialisierungsgesetzes nach gemeinschaftlichen Maßnahmen regeln.

Außerdem ist eine von den Rechtsparteien eingebrachte Entschliessung von der Nationalversammlung angenommen worden, die folgenden Wortlaut hat:

Die Nationalversammlung richtet an die Regierung und an alle Beteiligten im Volke die dringende Aufforderung, alles aufzubieten, um eine Erhöhung der Förderung im deutschen Kohlenbergbau und der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bis zur äußersten Grenze sowie die Hebung großer Sparmaßnahmen im Verbrauch der Brennstoffe herbeizuführen. Nur so kann das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft vor dem neuen nationalen Unheil bewahrt bleiben, das mit dem Verfall der Kohlenförderung im kommenden Winter unfehlbar über uns hereinbrechen würde.

In der von den Arbeiterführern beantragten Entschliessung ist eine Reihe von Forderungen enthalten, die sich sowohl auf eine bessere Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beziehen, deren Erfüllung aber auch Verbesserungen technischer und wirtschaftlicher Art für den Bergbau bedeutet und eine beschleunigte Wiederverstellung des schadhaften rollenden Eisenbahnmateriale, Kohlenwagen und Lokomotiven, als Vorbereitungen für den genügenden Kohlentransport zur Folge hat. Wenn diesen Forderungen nachgekommen wird, wenn das Verdrängerungs- und Knappheitsgefühl einer durchgreifenden Reform in dem vorgeschlagenen Sinne unterzogen wird, dann dürfte ein Anreiz gegeben sein zur gezielten Ausgestaltung der Bergarbeit, zur Überwindung solcher Arbeit durch bisher befristete Arbeiter und damit auch die Möglichkeit einer Produktionssteigerung, die uns allein vor der Katastrophe bewahren kann.

Die Arbeiterführer der verschiedenen Parteien in der Nationalversammlung haben zu diesen Fragen in der Diskussion Stellung genommen und auch unser Verbandskollege Siegel, Abgeordneter der deutschen demokratischen Partei, hatte dabei Gelegenheit, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Es ist an dieser Stelle leider nicht möglich, die vollständige und mit guten Beweisgründen verbundene Rede unseres

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 8. August 1919.

Der Zentralrat nahm in seiner Sitzung am 1. August den Revision-Bericht für das zweite Vierteljahr entgegen. Dann berichtete Kollekar Reuschel eingehend über die Generalversammlungen der Gewerkschaften der Holzarbeiter und der Töpfer, denen er als Vertreter der Revisionsthema beigewohnt hat. An die Berichte knüpfte sich eine längere Anrede, die sich in der Hauptsache um die Erwerbslosenunterstützung drehte. Für die zweite Hälfte des September wurde die Einberufung einer Hauptvorstände-Konferenz ins Auge gefaßt, die sich mit der Jugendorganisation und Maßnahmen gegen den Terrorismus der Verbände beschäftigen soll. Zum Empfang der Arbeitsangehörigen wurde dem Ortsverband Köln ein großzügiger Zuschuß bewilligt. Den Schluß der Sitzung bildeten Mitteilungen aus dem arbeitslosen Ausmaß.

Dem Verkauf unserer Jugendorganisation dient eine Bekanntmachung am letzten Ende dieser Nummer. Es wird dringend ersucht, davon Kenntnis zu nehmen und in den Ortsverbänden, wo noch eine Jugendabteilung besteht, dafür zu sorgen, daß die zum Schluß erbetenen Angaben sofort gemacht werden.

Ministerpräsident Bauer über das Streikrecht. In seiner Proklamierung am 23. Juli hat der deutsche Ministerpräsident auch Ausführungen gemacht, die schon deshalb besondere Beachtung verdienen, weil sie voraussichtlich im kommenden Arbeiterrecht verwirklicht werden. Bauer sagte da u. a.

Angesichts der durch Vertrag und Selbsthaltungsbetrieb begründeten Verpflichtung zur Arbeit sehen viele die einzige Rettung darin, die Arbeit im Notfall zu erzwingen. Sie bemühen sich die drakonischen Bestimmungen gegen Streiks, die Vorn erlassen hat. Sie verweisen auf das Vorgehen der Kaiserlichen Regierung, die Arbeitslose während der Erntezeit auf weite Strecken geschickt hat, wo es an Arbeitskräften mangelte. Die Reichsregierung lehnt die Praxis der Diktatur des Profetarials ab! Schon weil sie nicht einseitig gegen die Arbeiterschaft vorgehen und den bürgerlichen Arbeiter nach seinem Verbleiben forschen lassen will. Wenn es ernst ist mit der Vertragserfüllung, werden sich weigern müssen, wie wilde und unüberlegte Streiks, die ohne oder gegen die Kontrolle der Organisationen und Parteien erfolgen, verbindlich zu machen. Durch die Tarifvertragsregelung vom 21. Dezember 1918 hat die Arbeitserzeugung ein langumfaßtes Ziel erreicht. Diese werden praktisch durchzusetzen. Die Erfüllung des persönlichen Arbeitsvertrages durch den kollektiven hat die Kraft der Organisationen wesentlich gehoben. Die Möglichkeit, Schlichter durch geschickte Arbeit, wirksamer zu werden, macht dem Zustand ein Ende, das langwierige Tarifverhandlungen am Ende eines Vertragsparties ideieren und die Unmöglichkeit die Sache beschleunigen. Unter Ziel muß das obligatorische Schlichtergesetz sein, das die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle beschränkt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften. Es ist keine Frage, die Justizministerien-Lösungsmittel bedürfen diese Forderung, die sich der deutsche Arbeiter erachtet hat, in mehr als einem Punkt. Aber gerade der letzte Gewerkschaftslösung hat bewiesen, daß die Forderung in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten bei dem gewerkschaftlich geschulten Teil der Arbeiter nach der Oberhand hat. Zusammen mit ihm müssen vor der Kammer dieser Zeit dort werden und Entscheidungen vermeiden, die, wie dieser Tage im Berliner Reichstagsrat, ohne jedes Maß die Allgemeinheit bedrohen. In dem Arbeitervertrag steht unter dem Kapitel „Bekanntmachung“ der Paragraph:

„Die Maßnahmen, welche die alliierten und assoziierten Regierungen beabsichtigen sind, im Fall einer vollständigen Nichterfüllung, Deutschland zu ergreifen, und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können sein: Ein- und Ausfuhrverbote, wirtschaftliche und finanzielle Repressalien und ganz allgemein solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als den Umständen nach notwendig erachten werden.“

Damit bekommt alles innerhalb der deutschen Wirtschaft einen vollkommen neuen Sinn. Wir alle stehen in einer Gesamtschaft. Die Gesamtheit muß leben, wenn Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sich der Arbeitspflicht entziehen. Damit ist eine ganz neue Situation geschaffen. Es ist nicht mehr in das Belieben des einzelnen gestellt, ob er seine Pflicht tun will, und nicht der einzelne ist es mehr, auf den die Folgen der Pflichtverletzung fallen.

Der Staat muß die Erfüllung jetzt fordern, er muß die Nichterfüllung verhindern können. Der Arbeitsvertrag ist einseitig nur dann durchführbar, wenn jeder Deutsche auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechtes zugunsten der Allgemeinheit verzichtet, so wie die Staaten ihrerseits auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen zugunsten des Völkerbundes.“

Schon wieder ein „Generalstreik“! Den Arbeitern des mitteldeutschen Kaliberbaus ist es vor ganz kurzer Zeit gelungen, einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, der eine Regelung der Wirtschaftsverhältnisse und eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich gebracht hat. Mit diesem Tarifvertrag hat sich ein weit Jähren von der beteiligten Arbeitererschaft gebührender Wunsch erfüllt. Aber der Gedanke, daß die Arbeiter nun auf der Grundlage dieses Vertrages ruhig ihrer Tätigkeit nachgehen und damit unsere Wirtschaft mit in geordnete Bahnen zu bringen helfen könnten, ist den Kommunisten und Unabhängigen so lächerlich, daß sie schamlos einen neuen „Generalstreik“ inszeniert haben. Eine sogenannte „Verhandlungskommission“, die mit den Arbeitgeberorganisationen nichts zu tun hat, hat in einem Abschluß für den 1. August den Streik proklamiert, und wie immer haben es die blindlings Gehorsamkeit leistenden Modifikalisten mit den bei ihnen üblichen Mitteln der Gewalt verstanden, den größten Teil der Arbeiter mit sich fortzuführen. Teils durch die radikalen Thesen ablenkend, teils durch brutalen Terror gezwungen, haben sie die Arbeit eingestellt, so daß etwa zwei Drittel der Werke still liegen.

An einen drohenden Erlaß für die Arbeiter ist nicht zu denken. Einem Teil der Betriebsleitungen kommt sogar der Streik sehr gelegen, da sie die Werke, weil sie zur Zeit unrentabel sind, so wie zu ruhen lassen wollten. Den Kommunisten und Unabhängigen kommt es aber auch nicht auf praktische Erfolge, sondern einzig und allein darauf an, den Tarif zu schänden zu machen und damit neue Unruhe und Erregung in die Arbeiter, schaft zu bringen. Leider acht diese noch immer in die Falle, ohne zu merken, daß sie sich selbst den größten Schaden zufügt. Bei streifen im Kali das beste und wertvollste Ausfuhrmittel, mit dem wir die eingeführten Lebensmittel bezahlen können. Selbst die Kaliförderung zurück, so verlieren wir damit erhebliche Zahlungsmittel. Die Lebensmittelfuhr wird erschwert und die leidtragenden sind wie immer in erster Linie die Arbeiter. Das mühte schließlich auch dem Arbeiter einleuchten. Soffentlich liegt auch im Kaliterie bald der gesunde Menschenverstand und ringt sich die Erkenntnis durch, daß alle ein vermittelter Tarifvertrag, nach dessen Vorarbeiten aber auch behandelt werden muß, geordnete und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse schaffen kann.

Maßnahmen gegen die Stilllegung von Betrieben durch Unternehmer wegen angeblicher Unproduktivität bildeten am 31. Juli den Gegenstand von Beratungen, zu der zuständigen Reichs- und preussischen Ministerien, die Mitglieder des Staatsauschusses, ferner der Deutsche Industrie- und Handelsklub, die Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die drei großen Gewerkschaftsorganisationen und der Reichsverband der deutschen Industrie geladen waren. Der Zweck der Zusammenkunft war der, Material über die angebotene Frage herbeizuführen und über eventuell vorzunehmende Schritte dagegen zu beraten. Man war sich darüber einig, daß Stilllegungen durch Unternehmer wegen angeblicher Unproduktivität (sogenannte Unternehmerabotage) wohl nur in den seltensten Fällen vorkämen. Dort, wo sie eintreten, müßte sofort energisch eingegriffen werden. Eine weitere Aufklärung der Frage für die einzelnen Wirtschaftsgebiete erwidern jedoch mindigenstwert.

Daher wurden folgende Fragen aufgestellt, die den geladenen Ressorts und Organisationen zur Beantwortung vorgelegt werden sollen:

1. Ist dort von erfolgten oder beabsichtigten Stilllegungen von Betrieben etwas bekannt?
2. Welche Gründe werden hierfür angegeben?
3. Welche Gegenmaßnahmen gegen die Stilllegungen, wenn sie ohne zwingende Gründe erfolgen, werden vorgeschlagen? Welche Schritte sollen bei glaubwürdigem Nachweis ihrer Notwendigkeit durch die Behörden oder durch die Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergriffen werden?
4. Welche Erfahrungen liegen über den Rückgang der Arbeitsleistung vor? Welche Gründe werden dafür angenommen? Was kann zu ihrer Behebung geschehen?

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Zum Wiederaufbau unserer Jugendorganisation!

Unsere so schönen Hoffnungen betreffende Jugendorganisation ist durch den Krieg schwer getroffen worden, und manche Abteilung ist eingegangen. Jetzt gilt es, von Neuem aufzubauen. Das wird uns aber gelingen, als noch an einigen Orten lebensfähige auf geleitete Jugendabteilungen bestehen, die den Stamm unseres Jugendbundes bilden werden.

Nun heißt es aber, die Hände regen und alles daran setzen, daß die Bewegung überall Wurzeln schlägt und wir so schnell wie möglich mindestens den früheren Stand wieder erreichen. Welche Bedeutung der Angelegenheit in der Verbandsleitung beigemessen wird, ist daraus zu ersehen, daß eine im September stattfindende Hauptvorstandskonferenz eingehend auch die Jugendorganisation behandeln wird. Hier werden die endgültigen Richtlinien festgelegt werden. Um aber die Zeit bis dahin nicht ungenutzt verstreuen zu lassen, hat sich der Ausschuß des Jugendbundes neu konstituiert und zum

- Vorsitzenden den Kollegen R. Kolbe, Berlin R. 65, Danziger Str. 12.
- Schriftführer den Kollegen S. Müller, Berlin O. 112, Volkstr. 12.
- Kassierer den Kollegen M. Friedrichs, Berlin O. 112, Rindowstr. 15.

gewählt. Diese führen einmütlich mit dem Unterzeichneten und drei Jugendlichen als Beisitzer die Geschäfte.

Die bestehenden Jugendabteilungen werden nunmehr dringend ersucht, umgehend den Unterzeichneten mitzuteilen, wieviele Mitglieder sie haben, und die genaue Adresse des Abteilungsleiters anzugeben. Weitere Informationen folgen dann.

Mit Gewerkschaftsgruß
Der geschäftsführende Ausschuß:
Leonor Lewin, Verbandsredakteur.

SIEHE!

Eingegangene Bücher und Broschüren
Rechtswissenschaft. Eine kritische Untersuchung über die amtlichen Veröffentlichungen der Gewerkschaften.
Von Dr. Max Hirschberg. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig. Preis geb. 2,80 M.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Arbeitsvertragsgesetz.

Wuppinger u. Wuppinger. (Ortsverband). W. Häußer, Vorleser, Bergstr. 13. J. Fichtel, Schriftführer, Saubau, Neuhofstr. 208.

Commersfeld. (Ortsverb.). J. Sommer, Schriftführer, Krummstr. 94.

Zentralrat. Vertreter des Gewerks. der Holzarbeiter Deutschlands: S. Rehle, Berlin O. 94, Gertstr. 4.

Anzeigen-Teil.

Ortsverbände-Konferenz

der Ortsverbände
des Reg.-Bezirks Magdeburg und Umhalt
am Sonntag, den 17. August 1919 vormittags 10 Uhr
in Magdeburg

im Hotel „Zur goldenen Taube“, Hartstr. 10.
Tagesordnung:
1. Der 20. Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften und seine Beschlüsse. Ref. Verbandssekretär J. Reuschel-Berlin.
2. Die Arbeit in den Ortsverbänden. Ref. Kollege A. Heder-Magdeburg.
Beide Referate werden zur Diskussion gestellt.
Zu dieser Konferenz werden die beteiligten Ortsverbände und Ortsvereine freundlichst eingeladen. Anmeldungen der Teilnehmer an den unterzeichneten Ortsverbandschriftführer möglichst frühzeitig erbeten.

Der Geschäftsführende Ausschuß:
J. Reuschel, Verh.-Sekretär.
Der Ortsverbandsauschluß:
O. Krause, Schriftführer,
Magdeburg, Anzenhauer Wg 68 I.

Neuendes Heiler wertig zum Abdruck zu bringen, nur mühen uns auf die Heraushebung einer Hauptaufgabe beschränken. Dieser erfährt, daß die heutige Arbeitskraft im Vergleich der Erholungs- und Schlafbedürfnisse und Verordnungen der Arbeitgeber durch die Arbeitgeber zu betrachten ist. Seit rüde sich das alte System, das auf der einen Seite immer strengen, auf der anderen Seite nur Unterdrückung sah. Zielsetzungen müde sich aber auch deutlich nach unten gegen alle die Arbeiter, die ihr Ungehen unter der Arbeitgeberlichkeit freiden und eine geordnete Widerstandsmittel der Arbeit mit allen Mitteln zu hindern versuchen. Das gilt nicht nur für den Bergbau, das gilt auch für den gesamten Eisenbahnbetrieb, insbesondere für die Reparaturwerkstätten. Heiler sind einzelne der unvollständigen Forderungen einzufließen durch, beizubehalten in und was nach, daß ohne große Mühe zu mündes anders und der Produktion wiederhergestellt werden könne wenn man die Sache nur beharrlich anfaßt wollen.

Die Verhältnisse in der Nationalversammlung haben allerdings ein sofort arbeitsfähiges, praktisches Ergebnis nicht erzielt. Das konnte auch niemand der Toll sein, denn durch Medien und Persönlichkeiten bekamen wir nicht mehr stehen. Sie lassen sich nicht herbeireden und auch durch keine Revolution aus der Erde herausholen. Aber es ist doch stärke über unsere Lage gelassen worden, und der arbeitsfähige Wille in die Zukunft unseres Lebens, der sich uns bei andern dem schlechtmangel eröffnet, der mich jetzt auch dem leidenschaftlichen unter meinen Volksgenossen darüber die Augen öffnen, daß ein Streik der Bergarbeiter, der Eisenbahner und auch anderer gemeinnütziger Betriebe unter den heutigen Verhältnissen ein schreckliches Verbrechen an a ganzen Volk bedeutet. Die Anerkennung der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Regelung aller Arbeitsverhältnisse, das insbesondere in mittelständischen Braunkohlenbetrieben und auch im Kohlebetrieb begonnen und wird sukzessive weiter fortgesetzt werden, so weit sich das mit der Eigenart der Betriebsverhältnisse nur immer vereinbaren läßt. Reformen und auf allen Gebieten in die Wege geleitet und werden weiter geführt. Die deutsche Republik hat ihren Bürgern weitestgehende Rechte versprochen, denen aber auch Pflichten gegenüberstehen.

Es ist doch recht sonderbar: Von Rechten reden sehr viele von Blinden aber nur Wenige, und diese Wenigen sind oft Prediger in der Wüste. Aber unter verarmtes und unheimlichgetroffenes Vaterland kann auch in seiner neuen Gestalt nicht ohne strenge Milderung seiner Staatsbürger bestehen. Ohne genügende Arbeitsleistung können wir unser Leben nicht erhalten, und alle unsere Lebensmöglichkeiten beruhen auf genügender Lebensversorgung. Wo wir auch hinschauen mögen, überall ist die Mühle der Ausgangspunkt jedes Betriebes, ob er groß oder klein ist. Wer die Kohlenversorgung hindert, verliert sich an ganzen Völkern, ganz besonders aber an den arbeitenden Schichten. Und wenn wir uns alle danach ähnen, aus diesen Zeiten ewiger Notzwe heraus und wieder in geordnete Verhältnisse hineinzuführen, so müssen wir zunächst die Arbeit wieder in Ehren bringen und mit einer gesteigerten Kohlenproduktion beginnen. Ich vermaue nicht zu glauben, daß Deutschlands erprobte Arbeiterkraft auf die Dauer den unbilligen Verhebungen gemissloser Lumpen unterliegen könne. Dazu ist sie von jeher doch willensstark genug gewesen, um sich seiner Peiniger zu erwehren. Oder muß es wirklich dazu kommen, daß der Militarismus und Imperialismus der Entente vom Unterdrückten Volk errentet? (Gust. Sartmann.)

Das Nützlichste in der Reichsverfassung.

(Schluß laut Fortsetzung.)

Meine Damen und Herren! Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, daß wir im Jahre 1913 und Anfang 1914 in Deutschland in der inneren Politik eine große Auseinandersetzung darüber hatten, ob die Einführung eines Arbeitsunfähigkeitsgesetzes notwendig sei. In einer Auseinandersetzung, die ich damals mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann über die Frage des Ausbaus des Arbeiterrechtes hatte, habe ich gesagt: Der deutsche Arbeiter ist zur Zeit der ruhigste und willigste Arbeiter, den es auf der Welt gibt. Das muß jeder zugestehen, der damals die Arbeiterverhältnisse und Arbeiterbeziehungen in den verschiedenen Ländern kannte. Der deutsche Arbeiter hat durch Jahrzehnte hindurch gezeigt, daß er ein ruhig denkender Mensch ist. Ich brauche im einzelnen nicht nachzuweisen, warum er in diesen kranzhaften Zustand, in dem er sich jetzt befindet, hineingekommen ist. Im übrigen glaube ich sagen zu können, daß die große Masse der Arbeiterkraft von diesem kranzhaften Zu-

stand nicht ergriffen ist, sondern sich vor vorantwärtigen Zuständen zu Beweigungen hat hinrichten lassen, die ein vernünftig denkender Mensch nicht annehmen dürfte. Wir glauben aber, daß die Zeit wiederkommt, wo der deutsche Arbeiter der ruhigste, geduldsfähigste, schlichte deutsche Arbeiter wieder ist, der er in der Vergangenheit war, daß er in dieser Beziehung schlichter gefunden wird, wenn nur ihm heute durch die Räte, durch den Selbstverwaltungs- und Betriebsunfähigkeitsgesetzen ein starkes Maß von Rechten zugesprochen wird, das ihnen seitliche Befugnisse verleiht, und daß dieser Befugnisse Befugnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Deutschland in absehbarer Zeit hergestellt werden kann. Das ist jetzt freilich voraus, daß sich in den Kreisen der Arbeiter dieser Räte zur sozialen Selbstverwaltung Bewegung wird, und daß die Arbeiter in Zukunft sich nicht so, wie es bisher gegangen ist, darauf beschränken, zu immer und zu denken, wie die Produktionsmöglichkeiten ausgebaut und gut gemacht werden kann, sondern daß sie auch darüber einsehen nachdenken, wie der Mensch, der in dieser Produktion steht, einigermassen glücklich gemacht werden kann.

Wenn in diesen letzten Faktor mit in ihre Rechnung ziehen, dann besteht keine Gefahr, daß das Vertrauen, das wir dem Arbeiter heute zeigen, irgendwo missbraucht wird. Das wird eine Uebergangszeit sein, und uns in die neuen Formen einzuführen, braucht kaum verargen zu werden. Heute ist der Arbeiter noch nicht ganz im Einklang mit der Produktionsweise und in die Volkswirtschaft, der ihn beschäftigen würde, schon vorzubereiten in diesen Fragen ein notwendiges Mittel zu haben. Es wird zunächst darauf ankommen, in den Kreisen der Arbeiter mit den Bedingungen der Produktion und den Verhältnissen des Betriebsprozesses bekannt zu machen. Er wird und muß zunächst als Lernender in die Räte eintreten. Wir werden auch genötigt sein, nach Wegen zu suchen, wie man die Räte schon auszubilden kann, ohne sie in die Räte eintreten. Hier liegt vornehmlich eine Aufgabe der Gewerkschaften und Gewerkschaften, aber es wird sich zeigen, ob nicht die öffentlichen Körperschaften Mittel zur Verfügung stellen müssen, um diese erscheinende Arbeit zu fördern. Auf diesem Wege dürfte es uns gelingen, in den Kreisen der Arbeitnehmer allmählich genügende Kenntnisse der wirtschaftlichen Arbeitsbedingungen herbeizuführen, die sie befähigen, auch einen klaren Ueberblick über das Wirtschaftsleben zu gewinnen.

Sie entnehmen aus dem, was ich gesagt habe, daß wir in den Räten die Einrichtung sehen, die uns befähigen soll, den Weg zur industriellen Demokratie zu finden. Das ist vielleicht der wichtigste Schritt, den die Revolution in Deutschland getan hat. Sein Ausgangspunkt ist über das Schicksal der industriellen Demokratie, der Arbeitsorganisation und der Arbeitnehmerbewegung auf der ganzen Erde. Die Franzosen durch ihre Revolution von 1789 der Welt den Weg zur politischen Demokratie geöffnet hat, so in Deutschland jetzt das Experimentierland der industriellen Demokratie. Deshalb blüht die Welt auf uns, deshalb entscheidet das Schicksal unserer Arbeit über das Schicksal der Arbeiterbewegung der ganzen Erde. Während der Revolution, so bedeutet das, daß die Arbeiterbewegung ihr Endziel verliert, so ist sie reifungslos zur Welt, und Weltbewegung bereit, denn das Schicksal aller Arbeiterbewegungen ist der Schicksal des Menschens im Produktionsprozess, ist die weltliche Verwirklichung jedes Menschens im Produktionsprozess. Der Sozialismus ist nur ein Weg zum Ziel und meines Erachtens nicht einmal der beste. Aber auch der Sozialismus muß die industrielle Demokratie erfüllen, sonst ist er erledigt.

Auf uns liegt also die Verantwortung für den Ausgang dieses Versuches, er liegt auf der deutschen Arbeiterenschaft. Heute ist sie insofern von Ordnungslieblichkeit, Disziplin und Arbeitsträgheit als nicht reif für diesen großen Versuch, so schließt sie der Arbeiterchaft der ganzen Erde eine nie wieder auszuweisende Schande. Dies liegt also das Neue, das die deutsche Revolution der Welt zu geben hat.

Freilich muß man sich darüber klar sein, daß die Parteien der Organisation allein nicht ausreichend sind. Sie müssen erfüllt werden mit jenem gesunden Geist des Selbstbewusstseins und der Selbstverantwortung. Wiebe dieser Gemeinbewusstsein aus, so mühte die Räte vor bleiben, da sie den Geist nicht ersetzen kann.

Somitlich des Wortlautes des § 162 der Verfassung möchte ich sagen, daß er unserer Ansicht nach zu viel Einzelheiten enthält. Ich wäre gewünscht, daß man sich auf die grundsätzliche Festlegung der Räte beschränkt hätte und nicht vorzeitig sich festgelegt hätte auf den Aufbau im Einzelnen. Ich bin z. B. in Uebereinstimmung mit dem Verbandstag der Gewerkschaften der Ansicht, daß es falsch ist, außer den Betriebsräten noch reine Arbeiterkammern zu bilden. Meine Interessentenorganisationen haben wir in den verschiedenen Gewerkschaften einerseits, in Unternehmerverbänden andererseits. Es erübrigt uns überflüssig, neben diese nun noch öffentlich-rechtliche Organisationen zu setzen, die einseitig aus Interessenten gebildet sind. Wir wünschen, daß die Räte parteilich aufgebaut werden, da uns aber im Haus, das vertrieben wurde, daß der jegliche Vorlaut diesen parteilichen Aufbau zuläßt, so finden wir uns damit jetzt ab.

Wichtig ist die Lage nach einer anderen Richtung. Wenn es eine Aufgabe der Räte ist, an der Forderung der Produktion mitzuarbeiten, so muß nach unserem Erachten der Räteausbau wenigstens zur größeren Hälfte auf technischer Grundlage

ausgerichtet sein. Es ist unzulässig, im Rahmen eines allgemeinen Gemeinbewusstseins von Betriebs- und Betriebsräten, die Produktionsmöglichkeiten eines bestimmten Betriebes mit der nötigen Gründlichkeit zu beurteilen. Deshalb sind wir der Ansicht, daß die Aufgaben der Räte, die mit der Förderung der Produktion zusammenhängen, zu übertragen sind in die bereits bestehenden beruflichen Arbeitervereinigungen und Fachgruppen, die von Unternehmern und Arbeitern bereits gebildet sind, und zwar sind sie gebildet durch die Unternehmerorganisationen einerseits und die Unternehmerverbände andererseits.

Die Aufgaben allgemein sozialpolitische und wirtschaftspolitische Natur, die den Räten zukommen, die Aufgaben also, die nicht direkt mit einer Förderung der Produktion im Zusammenhang stehen können dagegen bezüglich erledigt werden. In ihnen ist eine sachliche Untergliederung nicht nötig.

Einer besonderen Erörterung bedarf der geplante Reichswirtschaftsrat. Der Gedanke ist, daß er aber noch nicht klar genug durchgearbeitet, denn man vertritt sich von ihm vielfach noch Vorstellungen, die er gar nicht vollbringen kann. Es wird z. B. ohne weiteres vorausgesetzt, daß der Reichswirtschaftsrat die Beratung und Verteilung von Gesetzen, die die gewerbliche Arbeit betreffen, leistungsfähiger sei als der Reichstag. Das ist aber in der Hauptsache ein Irrtum, denn wenn sich der Reichswirtschaftsrat, sagen wir aus je 200 Arbeitnehmern und Arbeitgebern der verschiedenen Fachgruppen zusammensetzt, so ist er für die Vertretung der Ideen eines bestimmten Gewerbes, sagen wir mal der Bäckerei, kaum sachverständiger als ein anderes politisches Parlament. Man soll also in dieser Richtung von ihm nicht mehr erwarten, als in billigerweise können kann. Sollen wirklich Parlamente geschaffen werden, die auch nur in den hauptsächlichsten allgemeinen Fragen sachkundig sind, so müßte man eben diese Berufsparlamente schaffen, Kohlenbergmannenparlamente, Holzparlamente, Maschinenbauingenieurparlamente, Arbeiterparlamente usw. Nach und nach die Dinge näher zu sprechen sein. Wir sind uns der Gefahr bewußt, daß ein solches rats heranzuziehen.

Wir möchten vor allen Dingen nicht, daß sich dieser Reichswirtschaftsrat zu einem politischen Nebenparlament ausweicht. Seine Wirksamkeit wird von vornherein auf die gewerblichen Aufgaben beschränkt sein. Wir sind uns der Gefahr bewußt, daß ein Reichswirtschaftsrat diese gesteckten Grenzen vielleicht zu überschreiten suchen wird. Wenn wir dessen ungeachtet uns mit der Schaffung eines solchen Reichswirtschaftsrates einverstanden erklären, dann haben wir dafür zwei Gründe. Einmal möchten wir das politische Parlament von den vielen Interessentenstreitigkeiten und den vielen Eingriffen etwas entlasten, zweitens glauben wir aber auch, daß im heutigen Staat kaum für die Arbeit insofern das politische Parlament, als auch der Reichswirtschaftsrat genügend vorhanden ist. Die Frage, ob sich der Reichswirtschaftsrat als Unternehmern und Arbeitnehmern im engeren Sinne des Wortes allein zusammenlegen soll, oder ob auch die anderen Berufsstände darin vertreten sein sollen, behalten wir uns zur Entscheidung offen. Wir sind vorerst geneigt, diesem Reichswirtschaftsrat allein auf Unternehmer und Arbeitnehmer zu beschränken. Dabei leidet uns auch der Gedanke, daß wir den Reichswirtschaftsrat nicht zu einem berufsständigen Parlament machen wollen, daß wir aus ihm keine zweite Kammer entstehen lassen wollen.

Ein Wort noch zu der Frage der Betriebsräte. Es ist in der Presse behauptet worden, daß das Betriebsrätegesetz in den nächsten Tagen an die Nationalversammlung kommen werde und daß dieses Gesetz dann schnellstens etwa in 8 Tagen erledigt werden soll. Ich äußere mich heute nicht dazu, ob die Geschäftslage des Hauses eine solche schnelle Entscheidung gestattet. Ich äußere Bedenken, ob es zweckmäßig erscheint, das Gesetz so schnell zu beschließen. In diesem Betriebsrätegesetz muß z. B. die Frage entschieden werden, umwieviel das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gesetzlich festzulegen ist. Hier handelt es sich um eine schwierige Frage, bei der durch eine Ueberbürdung der Arbeiter und Angestellten in der Sache unüberwindlich ist. Wir würden deshalb wünschen, daß uns zur Erledigung dieses Gesetzes eine längere Frist gegeben wird. Demnachlich des Aufbaues der Betriebsräte müssen wir uns ebenfalls eine endgültige Stellung vorbehalten. Das gilt ganz besonders hinsichtlich der Frage, ob die jetzt bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse durch die Betriebsräte zu beiseite zu setzen sind oder ob die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse bestehen bleiben und der Betriebsrat eine Zusammenfassung dieser beiden Ausschüsse für die Erledigung von gemeinsamen Betriebsaufgaben ist.

Ich kann auf die Einzelheiten im übrigen nicht weiter eingehen. Durch die bisherigen Ausführungen habe ich wenigstens grundsätzlich dargestellt, was wir in dem Räteparagrafen suchen, und nach welcher Richtung wir uns an der Ausarbeitung dieses Gesetzes weiter beteiligen wollen. Wir behalten uns vor, im Laufe der Erarbeitung zu prüfen, ob der Rätegesetz, d. h. die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Betreffenden auch auf andere Gebiete als das soziale übertragen werden kann. Den von Steiner angezogenen Gedanken der futurpolitischen Räte können wir nicht ohne weiteres ab. Wer wir wollen die Dinge machen und sich einmischen lassen. Und hoch über allen Räten steht uns jetzt und dauernd das allen Staatsbürgern freigelegte demokratische Parlament.

Wir bleib übrig noch mit einigen Worten den...

Wir wollen aber nicht soweit gehen, wie es der...

Wir bitten Sie, diesen Änderungsanträge zu...

Wenn es uns gelang, auf diesem Wege die Demo...

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. August 1919.

Das Verbandstagsprotokoll geht seiner Fertig...

Wir erwarten bestimmt, daß dieser letzte...

Unsere Jugendorganisation ist, wie die auf...

Wir sind überzeugt, daß die in der Bekannt...

müssen die bestehenden Jugendabteilungen un...

Der Geistesunter über die Betriebsräte, über...

Die Beibehaltung der Kriegswochenhilfe...

Auch für Familienhilfe und Wochen...

Zur Bekämpfung des Schleichhandels hat je...

In Preußen ist außerdem neuerdings seitens...

Im Verfolg dieser Maßnahmen wird nun...

Kommissionen und zwecks Organisation als Dis...

Wir geben von diesem Wunsche des Ernäh...

Die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Juni...

Neben dem starken Rückgang der Rohste...

Unter diesen Umständen lagen die meisten...

Gut ging es eigentlich nur der Luxus...

Der Arbeitsmarkt hat mit dem Einlegen der...

Nach der Statistik der Arbeitsnach...

Die Zahl der unterfertigungsberechtigten...

